

LÖWEN ZAHN

#02
2022

Mitteilungsblatt
der Fraktion DIE LINKE
im Stadtrat zu Leipzig



S. 8

#linkswirkt
Besuch auf der Baustelle
Parkstadt Dösen



S. 7

Ein Hitzeschutzplan
für Leipzig!



S. 3

Eine Zivilgesellschaftspauschale
für die Ukraine-
Helfende



S. 8

Vernetzung mit Stadtbezirksbeiräten
und Ortschaftsräten

DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

KURZ GESAGT!



Sören Pellmann

EIN HEISSER HERBST STEHT VOR DER TÜR

Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,

in den vergangenen Monaten haben wir alle gemeinsam mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie gekämpft. Seit Februar dieses Jahres wütet ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg in der Ukraine. Viele mussten aus ihrem Land flüchten und haben in Leipzig eine Bleibe gefunden, auch dank der zahlreichen Unterstützung aus der Bevölkerung.

Bereits vor dem Krieg zeichnete sich ab, dass es zu deutlichen Preissteigerungen in allen Lebensbereichen kommt. Durch den Krieg hat sich diese Situation verschärft. Eine bisher nie gekannte Inflation von fast acht Prozent, erhebliche Preisanhebungen bei Energie, Spirit und Lebensmitteln bringen viele von uns an den Rand des Leistbaren. Zahlreiche Leipzigerinnen und Leipziger können die Mehrkosten nicht mehr schultern.

DIE LINKE im Leipziger Stadtrat ist daher bereits jetzt aktiv: Es geht uns darum, Energiepreise bezahlbar zu halten und mögliche Gas- und Stromsperren auszuschließen. Aber auch darum, dass die Mehrkosten für Energie und bei den Betriebskosten abgefördert werden und bei den Kosten der Unterkunft vollumfänglich anerkannt werden. Gemeinsam werden wir alles dafür tun, dass es kein heißer Herbst und vor allem kein kalter Winter wird.

VORBEHALTE GEGEN RUSS-INNEN ABBAUEN, AUSTAUSCH STÄRKEN!

Seit dem 24. Februar dieses Jahres, seit dem Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, befinden wir uns in einer Zeitenwende, wie wir sie lange nicht mehr erlebt haben. Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen, die alle Bürgerinnen und Bürger spüren können, kommen grundlegende moralische Diskussionen zum Umgang mit Russland hinzu.



Dr. Olga Naumov

Es geht nicht nur um Konflikte zwischen Russen und Ukrainern – sondern auch um Deutsche, die scheinbar massive Vorbehalte gegen diese Migrationsgruppen haben. Laut Monitoringbericht des Migrantensbeirats, der im April veröffentlicht wurde, mehren sich seit Beginn des Krieges in Europa die Berichte von Anfeindungen und Angriffen gegen in Leipzig lebende russischsprachige Menschen. Dies geschieht nahezu überall: Russischstämmige Personen, die in unserer Stadt leben, konnten zeitweise unter anderem nicht mehr wie gewohnt auf ihr Bankkonto zugreifen. Russische Ladengeschäfte in Leipzig wurden angegriffen und boykottiert. Sogar unter den Schulkindern häufen sich die Fälle verbaler Angriffe. In den sozialen Netzwerken werden Hetzkampagnen und Provokationen gegen russisch-stämmige Personen befeuert.

Wir als Leipziger Stadtgesellschaft müssen uns ganz klar hinter diese Menschen stellen. Wir müssen Wissenslücken schließen und sowohl unsere eigenen Vorbehalte abbauen als auch das friedliche, multikulturelle Miteinander stärken!

Unsere Fraktion hat sich deshalb dafür eingesetzt, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Slawistik eine Informationsbroschüre zur russisch- und ukrainischsprachigen Diaspora (einschließlich aller Migrantinnen und Migranten aus der ehem. Sowjetunion bzw. GUS-Staaten) in der Region zu erarbeiten. Diese soll eine Grundlage für deutsch-russisch-ukrainische Friedenstrialoge sein, konzipiert und organisiert durch russisch- und ukrainischsprachige Vereine oder Initiativen in Leipzig.



INVESTITIONEN DER STADT LANGFRISTIG FINANZIELL ABSICHERN

Mit der beschlossenen „Entschuldungskonzeption“ folgte der Stadtrat einem zentralen politischen Anliegen unserer Fraktion. Nicht die schnellstmögliche Rückzahlung von Darlehen mit dem fixierten Termin 2037 steht ab jetzt im Vordergrund, sondern die Einsicht, dass es mehr Flexibilität unter Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen des Landes braucht. Das bezieht sich nicht nur auf die mögliche Erhöhung der Gesamtkreditsumme von mehr als 200 Millionen Euro, sondern auch auf die ordentliche

Tilgung. Diese darf nun den Betrag im Minimum von 38,7 Millionen Euro bis zum aktuellen Haushaltsplanbetrag 2022 von maximal 50,5 Millionen Euro nicht übersteigen. Damit sollen mehr kommunale Projekte umgesetzt werden.



Steffen Wehmann

In einem Beitrag vom 18. Februar weist das ifo Institut das Land Sachsen darauf hin, dass „nicht die schnelle Rückzahlung der Kredite“, sondern „ausreichend Spielraum für eine Stärkung des Wachstumspotentials“ erforderlich ist. Leipzig steht vor

enormen Herausforderungen, u. a. beim Ausbau der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kitas, Ausbau des städtischen Krankenhauses St. Georg), bei Klimaschutz, Mobilität (LVB und Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030) und der Absicherung der Energie- und Wärmeversorgung! Weiterhin müssen bisher nicht umgesetzte Investitionsbeschlüsse des Stadtrates aus den vergangenen Jahren über mehr als 450 Millionen Euro (!) umgesetzt werden. Auch die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges ist mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken verbunden, vor denen wir nicht die Augen verschließen dürfen.

LOBENDE WORTE REICHEN NICHT!

Ehrenamtliches Engagement bei der Aufnahme und Unterstützung von Ukraine-Geflüchteten würdigen

Fast 10.000 Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg aus der Ukraine fliehen mussten, sind seit Ende Februar in Leipzig angekommen. Bis zu 90 Prozent der Ukrainer:innen waren zeitweise privat untergebracht. Dies entlastete und entlastet die staatlichen, in diesem Fall städtischen Strukturen.

Dieses großartige Engagement sollte honoriert werden. Unsere Fraktion hat im Stadtrat beantragt, dass rückwirkend und unbürokratisch

eine Zivilgesellschaftspauschale ausgezahlt wird für alle, die schnell und unkompliziert geholfen haben. Thüringen macht es mit einer Monatspauschale von 150 Euro pro aufgenommenen Person vor. Das Land Sachsen blieb bisher untätig. Darum muss die Stadt in die Bresche springen.

Viele Ukrainer:innen mussten während des Wartens auf ihren Registrierungstermin ohne Sozialleistungen auskommen und waren auf private Unterstützung angewiesen. Auch die Gastgeber:innen geraten nicht zuletzt wegen der steigenden Lebenshaltungskosten monetär an ihre Grenzen. Neben der Unterbrin-



Juliane Nagel

gung wird schließlich auch in vielen anderen Bereichen Unterstützung geleistet: Ob Behördengänge, aufenthaltsrechtliche Beratungen oder die pure Überlebenshilfe durch Versorgung mit Essen und Kleidung. Besonders sticht hier der in der Villa angesiedelte „Space“ ins Auge, der komplett ehrenamtlich Überlebenshilfe leistet, Sprachkurse organisiert und Beratung leistet. Es geht darum, ehrenamtliches Engagement für Menschen in Notlagen zu würdigen und die Leipziger Zivilgesellschaft zu motivieren, auch in Zukunft so zu handeln.



LEIPZIG BEKÄMPFT KINDERARMUT!

...lautete das Motto unserer Kampagne zum diesjährigen Kindertag am 1. Juni. Als LINKE liegt uns der aktive Einsatz gegen Kinderarmut schon immer am Herzen und auch im Leipziger Stadtrat ist es ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Nicht ohne Grund, denn die Kinderarmut in Leipzig ist hoch: Fast jedes fünfte Kind in Leipzig lebt in Armut – ein Zustand, der skandalös ist.

Ein Hauptgrund hierfür liegt im Hartz-IV-System. Die sogenannte „Mindestsicherung“ liegt weit unter der Armutsgrenze und Familien im Hartz-IV-Bezug können sich viele wichtige Dinge für ihre Kinder kaum oder gar nicht leisten. Als LINKE fordern wir deshalb auf Bundesebene die Einführung einer bedarfsdeckenden, individuellen und sanktionsfreien Mindestsicherung und eine Kindergrundsicherung.

Doch auch wenn wir dieses Problem nicht im Leipziger Stadtrat beheben können, gibt es doch einiges, was die

Stadt tun kann. Auf unseren Antrag hin wird eine Kindercharta erarbeitet, die die Rechte von Kindern für ein gutes Aufwachsen in Leipzig festschreiben wird sowie ein Präventionskonzept gegen Kinderarmut – das zusammen mit allen Beteiligten an einem Runden



William Rambow

Tisch erarbeitet werden soll. Dank unserer Haushaltsanträge gibt es fünf neue Kinder- und Familienzentren in Leipzig sowie Sozialarbeit an mehr Kitas und Schulen in Leipzig, z. B. an der Wilhelm-Hauff-Grundschule oder dem Humboldt-Gymnasium. Ein weiterer

Erfolg ist die bessere Kooperation zwischen dem Jugendamt und dem Jobcenter – insbesondere eine bessere Beteiligung der Betroffenen.

Doch es ist längst nicht alles erreicht. Wofür kämpfen wir aktuell im Stadtrat? In der sozialen Arbeit gibt es seit Jahren ein gravierendes Fachkräfte-Problem. Darunter leiden vor allem die Betroffenen. Wir konnten wichtige Erfolge erzielen für die Bekämpfung



des Fachkräfte-Mangels, dennoch müssen wir in den kommenden Monaten darauf achten, dass die Stadtverwaltung ihre Bemühungen in diesem Bereich verstärkt. Um die Bedarfe und Meinungen von Kindern und Jugendlichen besser in der Arbeit der Stadt zu berücksichtigen, setzen wir uns als Fraktion zudem für die Einrichtung der Stelle eines/einer Kinder- und Jugendbeauftragten ein. Natürlich muss auch die Finanzierung stimmen: Wir möchten, dass beim Budget für die Jugendhilfe der tatsächliche Bedarf im Vordergrund steht. Das würde beispielsweise auch einen Ausbau der Präventions-Angebote wie Familienberatung oder Schulsozialarbeit in allen Schulen und Kitas ermöglichen.

Allein können wir diese Aufgaben als Stadt nicht stemmen. Wir brauchen eine gute Politik im Land und im Bund. Eine gute Kindergrundsicherung, eine sanktionsfreie Mindestsicherung und finanzielle Unterstützung für die Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben, die es zur Bekämpfung der Kinderarmut zu erledigen gilt. Dafür kämpft DIE LINKE auf allen Ebenen!

ANTRAG:

Fachkräftegewinnung und -bindung im Bereich der sozialen Arbeit voranbringen

1. Personalbedarfsprognose für die nächsten drei Jahre anhand der zu erwartenden Renteneintritte des Bestandspersonals sowie des Bedarfs der geplanten neuen Einrichtungen von Kindertagesstätten und (stationären) Angeboten im Bereich der Hilfen zur Erziehung

2. Förderprogramm „Hilfen zur Erziehung“ für die berufsbegleitende Ausbildung für Studierende der sozialen Arbeit sowohl beim öffentlichen als auch bei freien Trägern

3. Kontinuierlicher Austausch („Runder Tisch“) mit den örtlich ansässigen Ausbildungseinrichtungen (Bildungsträger der Erzieher:innen-ausbildung und berufsbegleitender Studiengänge der sozialen Arbeit)

4. Personalentwicklungsboni ab 2024 für konkrete Maßnahmen der Psychohygiene wie Coaching, Team-Building sowie für Weiterbildungen, kreative Personalgewinnungsstrategien, Mentoring-Programme, Qualitätszirkel etc. zur Förderung der freien Träger der Jugendhilfe und bei den Leistungsvereinbarungen mit Trägern von HzE-Maßnahmen

WAS KOMMT NACH DEM 9-EURO-TICKET?

Für neun Euro im Monat können die Bürgerinnen und Bürger seit Juni kreuz und quer mit Bus und Bahn durch Leipzig, sogar durch ganz Deutschland fahren. DIE LINKE kämpft seit Jahren für einen preiswerten und gut getaketen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Wir freuen uns, dass dies für drei Monate Realität ist. Allerdings hätten die 2,5 Milliarden Euro Steuer-gelder, welche das Ticket bundesweit kostet, nachhaltiger eingesetzt werden können. Mit derselben Summe hätte man z. B. deutschlandweit ein ganzes Jahr lang ein 365-€-Ticket für alle einführen können. Was nutzt ein Lockangebot, wenn ab September



Franziska Riekewald

die Ticketpreise wieder so hoch sind wie vorher bzw. sogar steigen? Der Bundesverkehrsminister hat bereits angekündigt, dass die Finanzierung des 9-Euro-Tickets eine einmalige Aktion ist. Damit werden die Städte und Gemeinden mit der Finanzierung eines guten ÖPNV-Angebotes alleingelassen. Wie wichtig ein gut ausgebauter und bezahlbarer Nahverkehr ist, erleben wir jeden Tag: Ohne ÖPNV wären die Straßen in Leipzig noch voller mit motorisierten Kraftfahrzeugen. Damit rückt auch die Klimaziele in noch weitere Ferne.



Denn: Ohne Verkehrswende gibt es keine Klimawende.

Wir hoffen sehr, dass nach einer erfolgreichen Einführung des 9-Euro-Tickets auch der Bund erkennt, dass er sich nicht weiter aus der finanziellen Verantwortung stehlen darf. Auch die Stadt Leipzig muss alles für einen bezahlbaren ÖPNV tun. Trotz leerer Kassen darf nicht noch mehr bei der LVB gespart werden. Darauf werden wir als LINKE weiterhin achten.

FLUGLÄRMKOMMISSION FLUGHAFEN LEIPZIG/HALLE: GRÖßERE BETEILIGUNG DER ANWOHNER:INNEN IM STADTRAT BESCHLOSSEN!

Die Fluglärmkommission des Flughafens Leipzig/Halle tagt nicht öffentlich. Anwohner:innen können den Sitzungen (bisher) nicht beiwohnen und sich nicht direkt an den Diskussionen beteiligen. Gemeinden und Städte um den Flughafen sind von der zunehmenden Lärmbelastigung und Umweltverschmutzung unterschiedlich stark betroffen, besonders die Anzahl der betroffenen Anrainer:innen variiert erheblich. Die Leipziger Stadtteile im Norden und Nordwesten sind dicht besiedelt. Dementsprechend leiden dort auch mehr Menschen unter den

zunehmenden Emissionen als es in einer kleinen Gemeinde außerhalb der Fall ist. Trotzdem hat jede Gemeinde und die Stadt Leipzig jeweils eine Stimme in der Fluglärmkommission. Wir wollen diese Schiefelage ins Lot bringen. Die Mitglieder der Kommission sollen ein Abbild der real vom Fluglärm und Luftverschmutzung betroffenen Einwohnerzahl wiedergeben. Der Stadtrat hat im Mai einen entsprechenden



Marianne Küng-Vildebrand

Antrag unserer Fraktion beschlossen. Der Oberbürgermeister wird sich beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr dafür einsetzen, die Zahl der vom Fluglärm

betroffenen Anrainer:innen bzw. den Grad der Belastung der jeweiligen Gemeinden zu berücksichtigen. Damit würde die Vertretung den tatsächlichen Verhältnissen der Betroffenen entsprechen.

Der Stimme und den Gesundheitsinteressen der Bürger:innen der Stadt Leipzig muss endlich mehr Gehör verschafft werden – bei allen Entscheidungen zum Flughafenausbau auch in der Fluglärmkommission!

HUNDESTAFFEL AN DIE KETTE LEGEN!

Die seit knapp fünf Jahren in Planung befindliche Hundestaffel scheint für den Oberbürgermeister das Allheilmittel für etliche ordnungspolitische Probleme zu sein. Unsere Fraktion hat erhebliche Zweifel daran, ob ein mit Hunden hochgerüsteter Stadtdienst bei der Durchsetzung von Anordnungen positive Auswirkungen haben kann und das Sicherheitsgefühl durch Patrouillenspaziergänge stärkt. Mit Blick auf die Größe der Stadt und die Vielfalt der Aufgaben des Stadtdienstes bezweifeln wir, dass das vermeintlich notwendige Einsatzmittel „Hund“ im alltäglichen Dienstgeschäft am Ort des Bedarfes ist. Vielmehr wird eine „Ersatzpolizei“ geschaffen, die für Recht und Ordnung sorgen soll. Der Blick auf die Stadt Wiesbaden, die auch eine Hundestaffel unterhält, verdeutlicht, dass die Hunde vorwiegend zur Abschreckung dienen. Dieses Bild entspricht sicher nicht der Vorstellung des Stadtrates von einem bürgerorientierten Ordnungsamt an der Seite der Leipzigerinnen und Leipziger.



Oliver Gebhardt

Mit Blick auf die möglichen Dienstzeiten neben Pflege-, Fütterungs-, Trainings- und Ruhezeiten kommen Zweifel auf, wofür die Stadt über 100.000 Euro in diesem bzw. nächsten Jahr ausgeben will. Ein paar vernünftig ausgestattete Fahrräder und mehr Personal in Vollzeit wären eine wesentlich sinnvollere Investition für einen bürgerfreundlicheren Stadtdienst. Das Projekt zur Einführung der Hundestaffel ist weder fachlich noch finanziell ausreichend begründet und gehört deswegen direkt wieder an die Kette – wir kämpfen dafür!



Der unangekündigte „Kahlschlag“ auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz im Januar 2021 sorgte für großen Protest. Durch die geänderte Baumschutzsatzung werden solche Fällungen nun zumindest angemessen ausgeglichen.

LEIPZIG AKTUALISIERT BAUMSCHUTZSATZUNG

Das kettensägenbedingte vorzeitige Ableben von Bäumen ist ein politischer Dauerbrenner. Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass wir von Anwohner:innen auf ein Chainsaw-Massaker hingewiesen werden. Doch Bäume vor fällwilligen Grundstückbesitzer:innen zu schützen, ist kommunal kein leichtes Anliegen. Wie immer gilt: Privateigentum vor Naturschutz. Die politischen Mittel, über das Privateigentum anderer zu bestimmen, sind dementsprechend gering.

Doch es gibt sie: Eines dieser Instrumente ist die Baumschutzsatzung. Sie verbietet zwar das Fällen von Bäumen nicht grundsätzlich, regelt aber, dass für gefällte Bäume entweder Ersatz geschaffen oder ein bestimmter Betrag an die Stadt überwiesen werden muss. Damit wird für Ersatzpflanzungen gesorgt.

Leider jedoch ist die alte Baumschutzsatzung aus dem Jahr 1992. Zuletzt geändert wurde sie in 2022.

Allerdings wurden dabei lediglich die Preise für Baumfällungen von D-Mark in Euro übersetzt. Danach hat nicht einmal mehr eine Anpassung an die realen Kosten stattgefunden. Die Pflanzung eines Baumes kostet die Stadt aktuell ca. 2300 Euro. Sie verlangt von

Baumfäller:innen allerdings nur 1900 Euro.

Mit dieser indirekten Subventionierung ist jetzt Schluss. Im April beschloss die Ratssitzung auf Antrag unserer Fraktion hin, die Preisliste endlich zu aktualisieren. Außerdem müssen diejenigen, die Bäume fällen, den Ersatz nun schnellstmöglich pflanzen. Bisher galt die Devise: Fällen first, Ersatz second, sodass zwischen Fällung und Pflanzung oft Ewigkeiten lagen. Diese Zeiten sind nun vorbei.



Michael Neuhaus

sterblichkeit und damit auch zur verminderten Belastung des Gesundheitswesens beizutragen.

In erster Linie geht es um den Schutz besonders hitzesensibler Gruppen, dazu zählen u. a. ältere Menschen, Kinder, pflegebedürftige, körperlich und psychisch vorerkrankte, geistig behinderte und suchtkranke Menschen, Schwangere und unter freiem Himmel Arbeitstätige.



Dr. Volker Külow

Mit einem Hitzeaktionsplan werden Klimaschutz und Gesundheit in unserer Stadt künftig eine engere Allianz bilden und damit die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung erhöhen.

HITZEAKTIONSPLAN ALS ALLIANZ FÜR KLIMASCHUTZ UND GESUNDHEIT IN UNSERER STADT

Der beschleunigte weltweite Klimawandel – treffender spricht man von Klimakrise – hat auch dramatische Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. Der kapitalistische Wachstumswahn befeuert die Erderwärmung, die wiederum die Ökosysteme auf unserem Planeten massiv schädigt. Gemäß der Klimamodellierung des Deutschen Wetterdienstes wird es in der Bundesrepublik Mitte des Jahrhunderts bereits mindestens zwei Grad wärmer sein als zu Beginn

der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Die klimatischen Bedingungen Leipzigs ähneln dann Regionen wie heute Zentral-Frankreich.

Leipzig hat zwar bereits eine Klimaanpassungsstrategie, die aber zu einem integrierten, gesamtstädtischen Anpassungskonzept weiterentwickelt ist – inklusive Hitzeaktionsplan. Dieser wird nun auf Antrag der Linksfraktion bis zum II. Quartal 2023 ausgearbeitet. Er ist ein notwendiges Instrument der Stadt, um in den immer häufiger auftretenden Hitzesommern zur Verringerung von hitzebedingten Erkrankungen und drohender Über-

ARNDT ODER AHRENDT, DAS IST HIER DIE FRAGE ÜBER DIE ARBEIT DER AG STRASSENAMEN

Die Arndt-Straße umbenennen, vielleicht in Hannah-Arendt-Straße? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Stadtrat mehrfach in 2019 und 2020. Das Ergebnis: Die beschlossene Umbenennung dieser in der Leipziger Südvorstadt gelegenen Straße durch die Ratsversammlung wurde nach einer vielfach unterzeichneten Petition rückgängig gemacht.

Warum diskutieren wir über Straßennamen und wer sucht diese aus? Seit mehreren Jahrzehnten gibt es einen Namensvorrat mit reichlich 300 Namen. Wenn die Frage steht, ob eine Straße oder ein Platz nach einer Person benannt werden soll, wird aus diesem ausgewählt.

Frauen sind deutlich unterrepräsentiert im Straßenverzeichnis der Stadt Leipzig. Eine Einwohneranfrage verdeutlicht das: Von 3161 Straßen sind lediglich 56 nach realen, historisch prominenten Frauen benannt. Für dieses Manko konnte DIE LINKE die Stadtverwaltung inzwischen sensibilisieren. Auf dem zu bebauenden Gelände des Eutritzscher Freiladbahnhofs sollen die Straßen nun ausschließlich nach Töchtern der Stadt benannt werden. Möglicherweise finden sich Namen, die auf Initiative der AG Frauenprojekte am 8. März der Stadtverwaltung in Form einer meterlangen Liste übergeben wurden.



Beate Ehms



Übergabe der Liste mit 85 Namensvorschlägen zur Benennung von Straßen in Leipzig nach Frauen, die in der Stadt gewirkt haben. Ihre Leistungen müssen sichtbarer gewürdigt werden!

Die AG Straßennamen, der jeweils ein:e Vertreter:in der Stadtratsfraktionen angehört, prüft bei Vorlagen der Verwaltung, Petitionen, Anträgen aus dem Stadtrat oder Ideen aus der Bevölkerung die konkreten Namensvorschläge. Diese reichen von Katarina der Großen, über Vaclav Havel bis zu Wolodymyr Selenskyi. Eine Entscheidung trifft am Ende die 71-köpfige Ratsversammlung.

BESUCH AUF DER BAUSTELLE DER PARKSTADT DÖSEN



Bei der Entwicklung und Beschlussfassung des Bebauungsplans für das Areal der zukünftigen Parkstadt Dösen in Leipzig-Meusdorf hat sich unsere Fraktion erfolgreich mit Änderungsanträgen eingesetzt für den Ausbau von Carsharing-Angeboten, ökologisches Bauen sowie für würdige Gedenkformate zur Geschichte der Anlage. In der auf dem Gebiet befindlichen ehemaligen Nervenheilanstalt wurden in der NS-Zeit psychisch kranke Kinder



umgebracht. Ihr Schicksal soll nicht vergessen sein.

Unter anderem wurde auch ein Artenschutzkonzept, basierend auf dem Ansatz „Animal Aided Design“ verankert. Und wir haben einen wichtigen Erfolg im sozialen Wohnungsbau durchgesetzt: 40 Prozent der dort künftig zur Verfügung stehenden Wohnungen werden Sozialwohnungen sein. Das heißt: Statt der ursprünglich geplanten 68 Sozialwohnungen kommen nun 90.

Kleiner Wermutstropfen: Diese können nur im Neubau und leider nicht im denkmalgeschützten Altbau etabliert werden.

Dass unsere Forderungen auch umgesetzt werden, davon konnten wir beim Besuch des Baugeländes, auf dem uns zwei Vertreter des Investors Instone Real Estate, herumführten, überzeugen. Toll, zu sehen, wie man reale Veränderungen bewirken kann!



TREFFEN MIT UNSEREN MITGLIEDERN IN DEN STADTBZIRKSBEIRÄTEN UND ORTSCHAFTSRÄTEN

Am 22. Juni haben wir unsere Mitglieder in den Stadtbezirks- und Ortschaftsräten zum Austausch und zur Strategiebesprechung ins Neue Rathaus eingeladen. Durch Corona sind die Treffen in den letzten beiden Jahren ausgefallen – umso schöner, dass es nun endlich wieder geklappt hat mit dem Zusammenkommen!

IMPRESSUM

Herausgeber DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig
Geschäftsstelle Neues Rathaus,
Zimmer 186, 04092 Leipzig
GF.: Dr. Christina Mertha

Telefon (03 41) 123 - 2150
Fax (03 41) 123-2155
Mail linksfraktion@leipzig.de
www.linksfraktion-leipzig.de

V. i. S. d. P. Sören Pellmann

Redaktionsschluss: 27.06.2022

© Bildnachweis

S.1 Annette Siami-Gorji, Birthe Kleemann

S.2-7 Birthe Kleemann

S.8 Annette Siami-Gorji, Thomas Kumbernuß